

Bundeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt
25. – 27.11.2016 in Wolfsburg

Antrags-Nr.: 1.3-12

Thema: Präventionsgesetz

Der Bundesverband wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die geplanten Maßnahmen und Aufgaben im Präventionsgesetz nicht einzig und allein von den gesetzlichen Krankenkassen und Pflegekassen finanziert werden; alle relevanten Akteur*innen im Gesundheitswesen sollen einen angemessenen finanziellen Beitrag zur Stärkung der Prävention leisten.